

Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südbödecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Zeitspalte oder deren Raum 35 Pfg., Verämblungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Donnerstag, den 10. Januar 1918.

25. Jahrg.

Kriegsverlängerer draußen und drinnen!

In letzter Zeit scheint auch die Friedensbewegung in England in den Volksmassen einen immer größeren Anhang gewonnen zu haben. Das zeigte sich auch auf der letzten Tagung der Arbeitervertreter, auf der eine neue Bekanntgabe der Kriegsziele verlangt wird. Das hat offenbar Lloyd George veranlaßt, die Gewerkschaftsführer zusammenzubringen und längere Ausführungen über die Kriegsziele zu halten. Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß Lloyd George nicht daran denkt, sich zu einem Verständigungsfrieden mit Deutschland bereit zu erklären. Trotsdem den englischen Ministerpräsidenten die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen darüber belehrt haben müßten, daß Deutschland nicht niederzuringen ist, hält er an Kriegsziele fest, deren Erfüllung eine Demütigung Deutschlands bedeuten und die sich unser Land nur gefallen ließe, wenn es vollständig zu Boden geworfen wäre. Er erklärt großmütig, daß es nie die Absicht Englands gewesen wäre, Deutschland zu zerstören, was sich freilich nicht mit den von den Engländern gebilligten französisch-russischen Zerstückelungsplänen in Einklang bringen läßt, die bekanntlich u. a. darauf hingen, das linke Rheinufer von Deutschland abzutrennen. Wie aus seinen Ausführungen hervorgeht, will Lloyd George noch immer Deutschland Elsaß-Lothringen nehmen, die Türkei gewaltiger Gebiete berauben und große Landesteile von Oesterreich-Ungarn zugunsten Rumäniens und Italiens abtrennen. Deutschland soll auch seiner Kolonien beraubt werden, in die sich dann auf dem Friedenskongreß unter Lloyd Georges Leitung die Ententeländer teilen könnten. Der englische Ministerpräsident kommt wieder mit der lächerlichen Redensart an, daß mit Rücksicht auf die eingeborene Bevölkerung Deutschland seine Kolonien genommen werden müßten. Und das sagt der leitende Staatsmann eines Landes, das unzählige fremde Völker unterworfen hat und das den Teufel danach fragt, ob die Unterworfenen mit der englischen Herrschaft einverstanden sind oder nicht.

Bemerkenswert an seiner Rede ist aber vor allem, daß er Deutschland mit einer Unterbindung seiner Rohstoffzufuhr droht und so dem deutschen Volke auch nach dem Kriege die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Fortentwicklung und einer erträglichen Existenz rauben will. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß es in Deutschland niemand geben wird, der bereit sein würde, unter den von Lloyd George aufgestellten Bedingungen Frieden zu schließen und so wird die Welt das starke Festhalten der leitenden Staatsmänner der Westmächte an ihrer der für Deutschland so günstigen militärischen Lage doppelt unsinnigen Kriegsziele noch mit schweren Blutopfern bezahlen müssen.

Natürlich nützt Lloyd George auch den Zwischenfall aus, der sich bei den deutsch-russischen Friedensverhandlungen ereignet hat. Er behauptet, daß es die Absicht „Preußens“ sei, in irgendeiner Form sich die westlichen Gebiete Rußlands anguldiern. Das zeigt, wie sehr durch die Fehler, die von den deutschen Vertretern in Brest-Litowsk gemacht worden sind, der Sache Deutschlands geschadet worden ist. Es ist den leitenden Staatsmännern der Entente ein bequemes Mittel in die Hand gegeben, um bei ihren Vätern den Haß und das Mißtrauen gegen Deutschland wieder stärker zu entfachen. Das bestätigt aufs neue, wie notwendig es ist, daß Deutschlands Vertreter in Brest-Litowsk und Deutschlands Regierung durch ein klares und unzweideutiges Festhalten an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Ostgebiete den Schaden wieder gutmachen, der durch die Erklärung vom 28. September angerichtet worden ist.

Der Reichskanzler hat nun im Hauptausfluß erklären lassen, daß er an dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes festhält. Der Redner unserer Fraktion, Scheidemann, hat unzweideutig erklärt, daß wir willens sind, den allerschärfsten Kampf gegen die Leute aufzunehmen, die durch ihre unsinnigen Eroberungsziele den Weg zum Frieden mit Rußland sperren wollen, und die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer letzten Sitzung, wie selbstverständlich ist, die Haltung unserer Vertreter im Hauptausfluß ausdrücklich gebilligt. Sie kann sicher sein, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihr steht. Ein Aufatmen ist durch das deutsche Volk gegangen, als die Meldungen kamen, die uns die Aussicht eröffneten, daß wir wenigstens nach einer Seite hin die Beendigung dieses furchtbaren blutigen Krieges erreichen könnten. Die größte Empörung muß die Massen des deutschen Volkes ergreifen gegen die Leute, die mit allen Mitteln versuchen, den angebahnten Friedensweg ungangbar zu machen.

Gewiß, es gibt Kreise in Deutschland, denen der Krieg nicht so schwer erträglich erscheinen mag, wie der großen Mehrheit des Volkes. Ein Bild in die Zeitung belehrt uns, daß sehr viel Industrieunternehmen Erträge erzielt haben, wie noch nie zuvor. Wir wissen, daß eine Reihe unserer Mitbürger in der glücklichen Lage war, im Krieg ihr Vermögen bedeutend zu vermehren.

Wir sehen, daß viele Erzeuger das Vielfache von dem für ihre Produkte erhalten, was sie im Frieden bekamen. Es ist schließlich begreiflich, daß diese Schichten es mit der Beendigung des Krieges nicht so eilig haben und daß dort die Eroberungsphantasieren unserer Alldeutschen ein

williges Ohr finden. Aber die Volksmassen, die so unendlich schwere Opfer gebracht haben, und die täglich Schwere dulden und leiden müssen, haben ein Recht darauf, daß der Krieg nicht einen Tag länger geführt wird, als es zu unserer Verteidigung unbedingt notwendig ist.

Die annexionsistische Presse hat es besonders auf den Staatssekretär von Kühlmann abgesehen, der sich in Brest-Litowsk nicht zum Sprachrohr ihrer Eroberungsziele gemacht hat. Die konservative „Kreuzzeitung“ meint, daß der Staatsmann, der unserem Volke die nach ihr notwendige Grenzsicherung nicht verschaffe, mit Schimpf und Schande seines Amtes enthoben werden müsse, und die „Deutsche Zeitung“, spricht von einer Schlinge, die Herr von Kühlmann geknüpft habe und die nun um unseren Hals gezogen werden solle. Man sieht, die Herrschaften arbeiten mit Hochdruck, und sie scheinen auch der Meinung zu sein, daß es ihnen doch noch gelingen werde, ihre Absichten durchzusetzen. In einem geheimen Rundschreiben des Vorsitzenden des Landesvereins der Deutschen Vaterlandspartei für die Rheinprovinz ist, wie bereits gemeldet, ein Telegramm des Herrn von Tirpitz abgedruckt, in dem es unter anderem heißt, bei

Nichts Neues aus Brest-Litowsk.

Unterstaatssekretär Frhr. v. d. Büsche hatte gestern abend die Führer der Reichstagsparteien zu einer Besprechung zu sich gebeten. In dieser Zusammenkunft machte er Mitteilungen über die Verhandlungen in Brest-Litowsk, und zwar über unser Verhältnis zur Ukraine und die Unterhandlungen unserer Vertreter mit deren Delegierten.

Bessere Aussichten.

Die „Pravda“, das Organ Trotskys, berichtet, daß die Aussichten für einen beschleunigten Abschluß der Friedensverhandlungen sich wieder gebessert haben. Trotsky verfüge über sämtliche Vollmachten, um einen Frieden zu schließen. Der voraussichtlich am 18. Januar zusammentretenden Konstituante würden positive Ergebnisse vorgelegt werden können.

Warum wollen die Bolschewiki nach Stockholm?

Nach einer Meldung der „Nat.-Ztg.“ hat Trotsky im Zentralkomitee erklärt, er habe von den sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Italiens die Mitteilung erhalten, es bestünde Aussicht, daß die Entente-Regierungen zu einer Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu bewegen wären, wenn diese an einem neutralen Orte fortgesetzt würden. Die sozialistischen Gruppen der Entente arbeiten mit Hochdruck, um die letzten Widerstände gegen die Teilnahme ihrer Regierungen an den Verhandlungen zu beseitigen.

Sobald sich die Ententeregierungen zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen bereit erklären, ist ihre Verlegung an einen neutralen Ort eine Selbstverständlichkeit. Bis jetzt liegen jedoch ernste Anzeichen, daß eine solche Beteiligung beabsichtigt sei, nicht vor.

Sehe gegen die Friedensverhandlungen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Jen“ verbreitet folgende phantastische deutsche Friedensbedingungen: Auslieferung der schweren Artillerie an Deutschland und der Schwarzmeer-Flotte an die Türkei; das Recht Deutschlands auf zollfreie Einfuhr fünfzehn Jahre; alle von England und Frankreich nach Rußland einzuführenden Waren müssen über Deutschland gehen, Demobilisierung aller mit Artillerie operierenden russischen Truppen; keine Einmischung Rußlands in die Angelegenheiten zwischen den Mittelmächten und den Alliierten, auch nicht bei der Regelung der bulgarischen und serbischen Fragen; Deutschland darf im Bedarfsfalle leichte Artillerie in Rußland erwerben.

Keinliche Phantasiegebilde wurden bereits mehrfach von autoritativer Seite als böswillige Erfindungen gekennzeichnet. Auch die neueste Meldung des „Dien“ soll natürlich nur dazu dienen, die Friedensverhandlungen zu stören.

Die deutsche Waffenstillstands-Kommission in Dünaburg.

Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Dünaburg überschritten am 25. 12. 1917 die russischen Stellungen auf der Chaussee Rowno-Dünaburg. Sie wurden hier von Vertretern der russischen Militär- und Zivilbehörden empfangen und führen mit Autos nach Dünaburg weiter, wo Wohn- und Arbeitsräume in einem Privatgebäude bereitgestellt waren.

Die Waffenstillstands-Kommission Dünaburg ist in ihrem Bereiche, d. h. von der Ostsee bis zur Düna, auf Grund des Punktes 7 des Vertrages in erster Linie für die Bearbeitung aller sich aus dem Vertrage ergebenden militärischen

der Hauptleitung der Vaterlandspartei bester der Eindruck, daß im Falle eines deutsch-russischen Sonderfriedens die deutschen Notwendigkeiten im Osten nicht gefährdet seien.

Die Sozialdemokratie und mit ihr alle die, die wirklich die wahren Interessen des deutschen Volkes vertreten, werden also auf der Hut sein müssen, damit es den alldeutschen Herrschaften nicht gelingt, die im Osten entstandene Friedensflamme wieder zu erstickten. Unauslöschliche Schmach würde es über das ganze deutsche Volk bringen, wenn es dahin käme, daß Deutschland den Russen das einmal gegebene Wort nicht hielt, wenn Deutschland durch allerhand Winkelzüge sich darum herumzubringen versuchte, den von ihm anerkannten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker uneingeschränkt zur Geltung kommen zu lassen. Das deutsche Volk will nicht und kann nicht wollen, daß damit den alldeutschen Schreibern der Wille getan wird, der auch in Jahrzehnten nicht abgetragen werden könnte. Die Ereignisse der letzten Tage zeigen recht klar, daß unsere Eroberer zu den gefährlichsten Feinden des deutschen Volkes gehören. Es müssen alle Kräfte angespannt werden, um ihre Pläne zunichte zu machen.

Fragen zuständig. So beriet z. B. die erstmalig am 26. 12. zusammengesetzte Kommission bereits über die Festlegung der durch Punkt 4 des Vertrages vorgesehenen Verkehrsstellen an der Front. Aber auch Fragen aus dem Gebiet des Post- und Eisenbahnverkehrs bildeten bereits Gegenstand der Erörterungen. Infolge von Vorbesprechungen der deutschen Kommission mit Vertretern der russischen Eisenbahnbehörden konnten bereits auf deutscher Seite örtliche Konferenzen von Offizieren und Eisenbahnsachleuten beider Staaten zwecks beschleunigter Wiederherstellung und Inbetriebnahme der Strecke Wilna-Dünaburg stattfinden.

Wie wir hören, werden die Verhandlungen beiderseits in entgegenkommender Weise geführt.

Die russischen Behörden in Dünaburg sind sichtlich bestrebt, unsere Feldgrauen in Dünaburg vergessen zu machen, daß sie sich in Feindesland befinden.

Wilson's Kriegsziele.

Washington, 8. Januar. Neueste Meldung. Wilson übergab heute im Kongreß eine Volksschrift, worin es heißt: Wieder einmal, wie schon wiederholt vorher, haben die Sprecher der Mittelmächte den Wunsch zu erkennen gegeben, die Kriegsziele und eine mögliche Grundlage für den allgemeinen Frieden zu erörtern. In Brest-Litowsk fanden Besprechungen zwischen den Vertretern der Mittelmächte statt, auf welche die Aufmerksamkeit aller Kriegführenden gelenkt wurde, zu dem Zwecke, festzustellen, ob es möglich ist, diese Besprechungen zu einer allgemeinen Friedenskonferenz zu verwerten. Die Vertreter Rußlands haben nicht allein eine schriftliche Darlegung der Grundsätze, auf welchen sie bereit wären, Frieden zu schließen, sondern auch ein ebenso klares Programm für die tatsächliche Anwendung dieser Grundsätze vorgelegt. Die Vertreter der Mittelmächte legen ihrerseits Grundsätze zu Bereicherungen vor, die, wenigstens weniger klar, einer Auslegung im liberalen Sinne fähig wären, bis sie ein eingehenderes Programm mit positiven Bedingungen zufügen. Dieses Programm brachte keinerlei Zugeständnisse, weder für die Souveränität Rußlands, noch zugunsten der Völker, um deren Wohlfahrt es sich handelt. Es bedeutet, kurz gesagt, daß die Mittelmächte beabsichtigen, jeden Fußbreit Landes, das ihre bewaffneten Massen besetzt hielten, jede Provinz, jede Stadt und jeden vorteilhaften Punkt als dauernde Wahrung ihrer Länder und ihrer Macht zu behalten. Es ist eine berechtigte Vermutung, daß die allgemeinen Grundsätze der Vereinbarung, die sie zuerst vorschlugen, von den liberalen Staatsmännern Deutschlands und Oesterreichs herrührten, jenen Männern, die die Macht ihres eigenen Volkes, besser Gedanken und Streben zu fühlen begonnen haben, während die konkreteren Bedingungen für eine tatsächliche Vereinbarung von den militärischen Führern kamen, die keine anderen Gedanken haben, als zu behalten, was sie besitzen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Die Vertreter Rußlands waren aufrichtig und konnten von sich solche Vorschläge von Eroberungszug und Korherrschaft nicht in Erwägung ziehen. Der ganze Zwischenfall ist sehr bedeutungsvoll, aber auch sehr verwirrend. Mit wem haben es die Vertreter Rußlands eigentlich zu tun? In wessen Namen sprechen die Vertreter der Mittelmächte? Sprechen sie für die Mehrheit der Volksvertretungen oder für die Minoritätspartei, für jene militaristisch-imperialistische Minorität, die bisher ihre ganze Politik sowie die Gelegenheiten der Türkei und der Balkanstaaten, die sie gezwungen haben, an dem Kriege teilzunehmen, beherrscht hat? Wem haben wir nun also zugehört? Jenen, die im Geiste und nach den Absichten der Ententeländer des deutschen Reichstages vom 19. Juli vergangenen Jahres sprachen, oder jenen, die den GSK und die Absichten auf Eroberung und Unterwerfung verkörpern, oder haben wir tatsächlich beide Teile vor uns, die sich noch in offenem hoffnungslosen Gegenstand zueinander befinden? Das sind sehr ernste bringende Fragen, von deren Beantwortung der Friede der Welt abhängt. Aber was auch das Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk sei und welche Schlüsse man auch aus dem Sinn und den Absichten der Vertreter der Mittelmächte ziehen möcht, sie haben die Welt mit ihren Friedenszielen bekanntzumachen versucht und ihre Gegner herausgefordert zu sagen, was deren Ziele seien und was für eine Auseinandersetzung sie anstreben und be-

Merke! Kriegsnachrichten.

Das Austauschverfahren.

Der erste Transport der deutschen Austausch-Gefangenen aus England auf Grund des Abkommens vom 2. 7. 1917 trifft wahrscheinlich Ende dieser Woche in Holland ein. Darunter wird sich der Kommandant des deutschen Kreuzers „Emden“, Fregattenkapitän Karl v. Müller, befinden.

Es wäre nur zu wünschen, daß die Verhandlungen auf Austausch von Kriegsgefangenen zwischen den Kriegführenden fortgesetzt würden, damit die jahrelang in Gefangenschaft schmachtenden endlich befreit werden.

Die Gärung in Portugal.

Nach Meldungen der „Agence Havas“ aus Lissabon brachen am 8. Januar dort neue Marineunruhen aus. Das Kriegsschiff „Vasco de Gama“, das gegenüber Lissabon ankerte, besaß die St. Georgs-Küste. Die Festung erwiderte und brachte das Schiff zum Schweigen. Die Besatzung des „Vasco de Gama“ hielt darauf die weiße Flagge und ergab sich. Die Mannschaft wurde an Land gebracht und ozeanisch befreit. Ebenso ergab sich die Besatzung des Zerstörers „Duro“, der keinen Kanonenschuß abgab. Die in ihrer Karne zurückgebliebenen Marinemannschaften ergaben sich den Streitkräften, die der Regierung treu blieben. „Sidonio Paes“ befehlt die Truppen, die in der Nähe von Alcantara liegen. Marinekasernen und Marineartillerie sind militärisch besetzt. Es herrscht angeblich vollständige Ruhe. Der Verkehr der Stadt wird wieder normal. Die Regierung erklärt, alle Intrigen, die Demokraten angestiftet hätten, um sich mit Gewalt der Herrschaft zu bemächtigen, zu kennen. Es seien Marzellen erstritten worden um die Lebensmittelsteuerung und den Mangel an Nahrungsmitteln zu verhindern.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei einem Verständigungsfrieden — keine Kaiser-Geburtstagsfeier!

Die Ostelbier werden die politische Erziehung ihrer Schamerindustrialen Bewunderer bald als vollendet ansehen können. Wir wissen aus zahlreichen Beispielen, daß den Herren Junkern ihr Patriotismus, ihre Unhänglichkeit an das Herrscherhaus, ihre Loyalität und wie diese von ihnen so hoch gepriesenen Tugenden heißen mögen, immer nur Handobjekte zum Eintausch höchst praktischer und nützlicher Dinge gewesen sind. Unvergessen ist das jüngerliche Wort: „Kein Kanitz, keine Käthe!“, das besagte, man werde eine angekündigte Flottenvorlage nur bewilligen, wenn die Regierung den Antrag Kanitz annähme, der den Ostelbieren eine ganz gewaltige Stärkung ihrer wirtschaftlichen Position bringen sollte.

Die Schlotjunker — ganz besonders die des Westens — haben diese Höhe der politischen Auffassung ebenfalls erklommen. „Mit der Kaisers-Geburtstagsfeier in diesem Jahre wird es ja doch nichts werden, wenn wir einen Verständigungsfrieden bekommen!“ erklärte der Stadtverordnete Fabrikbesitzer Pieper in der Stadtverordnetenversammlung in Wörs dieser Tage, als ein Ausschuß zur Vorbereitung der Kaisers-Geburtstagsfeier gewählt werden sollte.

Wir sind gewiß über den Verdacht erhaben, solche Geburtstagsfeiern zu wünschen. Aber wenn man weiß, wie sich die Herren im politischen Lager des Herrn Pieper sonst an diesem Tage anstellen, so erscheint es doch annehmbar, dieses Bekenntnis einer patriotischen Seele der Zeitgeschichte zu erhalten.

Eine Herrschau der Vaterlandspartei.

Wie aus einem Rundschreiben der deutschen Vaterlandspartei für die Rheinprovinz hervorgeht, veranstaltet die Vaterlandspartei am übernächsten Sonntag große Kundgebungen im ganzen Reich. Die Versammlungen müssen eine feste Tagesordnung innehalten und genaue Statistiken über die Zahl der Teilnehmer und der gewonnenen neuen Mitglieder führen. Nur solche machtvolle Kundgebungen könnten auf die Regierung Eindruck machen; die gegenwärtige politische Lage erheischt gebührende außerordentliche Anstrengungen, heißt es in dem Zirkular.

So arbeiten die Vaterlandsparteiler. Warum auch nicht? Das Geld spielt ja bei ihnen keine Rolle!

Wir aber lassen uns dem Vorhaben der Vaterlandspartei die Lehre ziehen: Mit allen nur zu Gebote stehenden Mitteln für die Partei des Friedens und der Freiheit, d. h. für die Sozialdemokratie und ihre Presse zu agitieren.

Die Unabhängigen und die Jugendbewegung.

Das Mitteilungsblatt der Berliner Unabhängigen widmet in letzter Zeit auch der Jugendbewegung keine Aufmerksamkeit. Es leistet sich zu diesem Zwecke eine besondere Beilage: „Für unsere Jugend“.

Diese enthält in der letzten Nummer einen längeren Artikel „Kritik und Ausblick“, der die Tatsache feststellt, daß der zu den „Unabhängigen“ haltende Teil der Jugendbewegung über „fast“ noch nicht viel hinausgekommen ist und „weder der Zahl noch der Betätigung nach Anlauf zur Zukunft hat“. Selbstverständlich werden auch in diesem Artikel die Jugendlichen zur Genüge über die Kriegspolitik der „Regierungssozialisten“, insbesondere natürlich über deren Kreditbewilligung „belehrt“. Die Kreditbewilligung soll daran schuld sein, daß die wiederholten Proteste der Zentralstelle für die arbeitende Jugend gegen die Auftragsgebung der Jugendzuchtbestimmungen und die Bemühungen um deren Wiederherstellung bisher ergebnislos gewesen sind. Diese tiefgründige Erkenntnis scheint dem Artikelreiber sehr plausibel gekommen zu sein, denn die „unabhängigen“ Jugendvertreter, die der Zentralstelle bis vor etwa einem Jahre angehört, haben das Zentralfest der Zentralstelle für den Jugendzucht fest einmütig mitbestimmt. Dazu paßt es übrigens durchaus, daß der Artikelreiber in „flüchtiger Zurückhaltung“ verschweigt, was denn eigentlich die „Unabhängigen“ in dieser für die arbeitende Jugend so außerordentlich wichtigen Frage getan haben.

Wenn in dem Artikel dann einer „kraftvollen, umfassenden, proletarischen Jugendbewegung“ — selbstverständlich unter Ausschaltung der Arbeiter-Jugend und der Zentralstelle — das Wort geredet wird, so darf man daran erinnern, daß es gerade die „Unabhängigen“ gewesen sind, die vor etwa einem Jahre ohne jeden erlichlichen Grund auf die Jugendbewegung gespalten und damit deren kraftvolle Geschlossenheit — selbst

Der amtliche Kriegsbericht.

M.W. Großes Hauptquartier, 10. Jan. (Amtlich.)

Östlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Südlich von Opatowitz am Nachmittage lebhafter Artilleriekompf. Westlich von Zandvoorde scheiterte ein starker nächtlicher Erkundungsvorstoß der Engländer. In der übrigen Front blieb die Geschäftstätigkeit gering.

Im Dezember beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 9 Fesselballons und 119 Flugzeuge, von denen 47 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellung erkundbar abgefliegen sind.

Wir haben im Kampfe 82 Flugzeuge und 2 Fesselballons verloren.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Nach Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 10. Januar.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im Gewerkschaftshaus tagte, war sehr gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Genosse Löwig, der verstorbenen Mitglieder Gustav Berggreen und Maria Müller, sowie der im Kriege gefallenen Genossen Paul Krzwinzki und August Mahne, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Nachdem vom Kassierer die Abrechnung über das 4. Quartal 1917 erstattet worden war — der Zugang betrug 89, der Abgang 62 Mitglieder — sprach Genosse Bromme über „Unsere Agitation“. Ausgehend von den Hoffnungen auf den allgemeinen Frieden, den alle noch im Jahre 1918 erleben möchten, nahm sich der Zwischenfall von Brest, der den günstigen Fortschritt der Verhandlungen mit Rußland wieder in Frage stellte, wie ein Blitz aus heiterem Himmel aus. Es konnte nicht gelugnet werden, daß die Erklärungen unserer Unterhändler vom 28. Dezember den Feind, die Graf Czernin am 25. Dezember für den Frieden aufstellte, entgegenstanden. Man hatte die Ermüdung, als ob die in der Vaterlandspartei organisierten Kriegsverlängerer und Eroberungsphantasten einen ständigen Erfolg buchen konnten. Hoffentlich gelangte es unseren Fraktionsführern, die Mehrheit vom 19. Juli zusammenzubringen. Wir müssen aus den politischen Vorgängen der letzten Tage die Lehre ziehen, daß nur eine starke Sozialdemokratie dem Volke die Gegenleistungen für die gebrachten Entbehrungen und Opfer garantiert und nach dem Kriege den kapitalistischen Mächten ein Paroli bieten kann. Aus dem Grunde sei jeder Klassen- und zielbewußte Arbeiter geradezu mit Blindheit geschlagen, wenn er nicht alles einsetzt für die Stärkung unserer Macht und für die Einheit der Arbeiterbewegung. Von allem Interesse: weder der Frieden, noch die Demokratisierung, noch die Sozialisterei, noch eine gerechte Steuerparteilichkeit, die den Feind ausschließlich trifft. Alles müsse erkämpft werden. Vor allem sei eine starke Vermehrung der Abonnentenzahl unseres Parteiblattes und ebenso eine umfassende Werbung neuer Mitglieder nötig, um alles das in die Tat umzusetzen. Was in Köln, Breslau, Magdeburg und Frankfurt a. M. möglich sei, laufende neuer Leser zu gewinnen, muß auch in Lübeck angestrebt werden, wo noch tausende von Arbeitern und andere Friedensfreunde Abonnenten des „Generalanzeigers“ sind, in dem ihre Interessen täglich mit ihnen geteilt werden, der tagtäglich in Eroberungsphantastien geradezu schwelgt und dadurch dem Frieden entgegenarbeitet. Genosse Bromme gab dann eine ganze Anzahl Beispiele, in welcher Art und Weise die Agitation für den „Lübecker Volksboten“ betrieben werden soll. Heute könne keine Familie mehr ohne Zeitung sein. Wenn alle Möglichkeiten der Agitation benützt werden, müsse ein Erfolg zu erzielen sein. Vor allen Dingen müsse jeder Arbeiter sich wieder einmal zum Sozialismus aufrufen und seine eigene Vereinerlichung zu erwidern haben, die früher alle besetzte, die die Kraft verleiht, im Dienste der Partei sein Bestes zu leisten. In diesen Vortrag schloß sich eine lebhafteste Aussprache an, der sich die Genossen Cämmerer, Adolf Löwig, Paul Löwig, Stelling, Denkwitz, Henze, Mehrlein, Heinrich Schmidt und Löwig beteiligten. Schließlich wurden die von Genossen Bromme gemachten Agitationsvorschlüsse gebilligt und noch ein Antrag desselben angenommen, nach dem die Hausstättener Mitglieder die Führer der Kriegserfahren — soweit sie feiertagsfreie Mitglieder sind — regelmäßig abzustempeln haben, damit die Verbindung mit deren im Felde stehenden Männern nicht verloren geht. Unter Punkt: Innere Vereinsangelegenheiten war die Erziehung eines Vorstands vorzunehmen, da unser seitheriger langjähriger Vorsitzender mit der baldigen Einziehung zum Kriegsdienst zu rechnen hat. Gleichzeitig wurde auch eine Erziehung für den in Frankreich stehenden Schriftführer Genossen Alfred Dreger vorgenommen. Zum Erziehungsvorstand wurde Genosse Denkwitz, zum Schriftführer Genosse Cämmerer gewählt. Die Genannten vertreten die bisherigen Inhaber dieser Ämter während der Dauer von deren Abwesenheit. Nachdem noch scharf gegen die Beschagnahme der Knochen durch die Militärbehörde protestiert worden war, welche Angelegenheit noch weiter verfolgt wird — fand die Versammlung ihr Ende.

Das Protokoll vom Würzburger Parteitag ist in einer kleinen Anzahl vorhanden und wird zum Vorzugspreise von 2,10 Mk. im Wartevertriebsamt, Lorenzstr. 50 abgegeben.

Zur Lieferung Lübecks mit frischen Fischen und Fischkonserven. Angesichts häufiger Klagen über eine zu geringe Belieferung Lübecks mit frischen Fischen und Fischkonserven scheint eine kurze Darstellung dieser ganzen Kriegsmahnahme am Platze. Es handelt sich dabei vor allen Dingen um die ausgesprochene Bitterung, denjenigen Gegenden der Rüstungsindustrie, die anerkannter Weise am meisten unter der Nahrungsmittelknappheit leiden, Erleichterungen zu schaffen. Daß dies nur auf Kosten der Küstengegenden und Küstenevakuierung erfolgen kann, ist klar. Bis zum November 1916 lagen die Verhältnisse so, daß unsere Ostsee-Fischer eigentlich nur in der Nähe der Küste verbracht wurden. Dadurch hatte Lübeck außerordentliche Zufuhren an frischen Fischen. Es wurden in Lübeck nicht nur die Fänge der Lübecker, Schutwaper, Gotsumunder, Dampower und Travemünder Fischer restlos verbraucht, sondern wir hatten fast auch die ganzen Fänge von der Kieler Bucht, von Grömitz, Kellenhusen, Dahme und Fehmarn bis nach der Hoymünder Bucht für unsern Handel und Verbrauch zur Verfügung. Das wurde durch den reichsweit vorgenommenen Aufbau der Kriegs-Fischgesellschaften und die Einleitung der Küsten in einzelne Belieferungsbezirke anders. Der Lübecker Fischhandelsgesellschaft wurden als Lieferant für die Fischer der Hansestadt Lübeck und des Fürstentums Lübeck zugewiesen. Dies allein mußte schon einen Rückgang in den Fisch-Zufuhren für Lübeck ergeben. Hierzu kam aber noch folgendes: Die Lübecker Fischhandelsgesellschaft mußte neben der Hansestadt Lübeck und dem Fürstentum Lübeck auch noch Teile des

Königreichs Sachsen, das Königreich Bayern, — rechtsrheinisch, — und die Stadt Hannover beliefern. Zugleich aber sollte die regelmäßige Zufuhr aus Schweden, Dänemark und Norwegen in erheblicher Weise; die Zufuhren an schottischen Heringen waren naturgemäß schon früher ausgefallen. Dadurch wurde unsere Fischindustrie mit ihrem Umlauf auf ein Bruchteil ihrer früheren Produktion herabgesetzt. Das war natürlich auch in Lübeck schwer fühlbar. Ferner erbrachte der Jang an Frühjahrsheringen im Frühjahr 1917 ein überaus ungenügendes Ergebnis. Der Frühjahrsfang ergab 1915: 3.000.000 Pfund Heringe, 1916: 1.000.000 Pfund, 1917: 150.000 Pfund. Außerdem blieb der Butt- und Dorschfang in der westlichen Ostsee im Sommer und Herbst 1917 um rund ein Drittel gegen das Vorjahr zurück. Es ist selbstverständlich, daß man in Lübeck die Nationierung der Fische schwerer empfinden muß, als wie anderswo. Lübeck war eben von je eine Stadt mit einem außerordentlichen Fischverbrauch. Dennoch aber stand Lübeck in der Fischbelieferung noch besser da, als die übrigen Belieferungsgebiete. Dabei ist zu erwähnen, daß die im Sommer im Bootsverkehr in Lübeck umgekehrten 160.000 Pfund Butt und Kieleschen in der amtlichen Statistik nicht enthalten sind. Bei diesen handelt es sich um kleinere Fische, die den Versand fast ausschließlich und um Kieleschen, welche überhaupt nicht verhandelt sind. In lebenden Zustand und frisch verbraucht lieferten diese 160.880 Pfund einen höchstwertigen Zuschuß zu unserer Lübecker Zuteilungsquote. — An Fischkonserven und Räucherwaren wurden in der Zeit vom Januar bis Juni geliefert: in Lübeck 0,85 Kgr., in Sachsen 0,84 Kgr., in Preußen 0,13 Kgr., in Hannover 0,45 Kgr. Bei den Zahlen für Fischkonserven und Räucherwaren sind die für Lübeck beschlagnahmten Male, die rund 135.000 Pfund ergaben, und welche zum Teil frisch, zum Teil aber auch geräuchert in Lübeck in den Handel kamen, nicht mit eingerechnet.

Somit die amtliche Darstellung. Sie ändert nichts an der Tatsache, daß die geringen Zufuhren von Fischen nicht so zur Abgabe an die Bevölkerung ausreichen, daß möglichst alle Kreise berücksichtigt werden. Unzufällig ist es auch, daß in vielen Gastwirtschaften und Hotels stets Fischgerichte zu haben sind, während das Publikum im Verkauf von den Händlern keine erhalten kann. Es wäre dringend erwünscht, auch den Fischverkauf zu regeln.

k. Krankenkasse und öffentliche Gesundheitspflege. Unter diesem Titel erschien im Organ des „Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege“ ein Artikel, dessen Verfasser Genosse Dr. med. Schlomer, a. St. Neudöhlen, uns einen Sonderabdruck desselben in Broschürenform überliefert hat. Wir haben das Schriftchen mit Aufmerksamkeit gelesen und gestehen gern, wenn der Verfasser die Absicht hatte, bei seinen Lesern das Interesse für das Krankenwesen, wie es sich in der Form unserer Gesundheitspflege zeigt, wie auch in Beziehung auf die allgemeine Gesundheitspflege gestaltet und entwickelt hat, zu wecken, so ist ihm das sicher gelungen. Der Verfasser weist einmütig darauf hin, daß die Krankenkassen in ihrer Bedeutung für die öffentliche Gesundheitspflege nicht genug gewürdigt werden und nicht auch die Gründe dafür an. Nachdem er dann die Organisation der Krankenkassen, namentlich die der Ortskrankenkassen, erläutert hat, kommt er auf die Realleistungen, wie sie von der R.-V.-O. vorgeschrieben sind. Nebenbei werden die Mehrleistungen besprochen, von denen der Autor namentlich der Familienhilfe warm das Wort redet. Er wünscht diese geistlich festgelegt. Er wünscht ferner eine regelmäßige wiederkehrende ärztliche Untersuchung sämtlicher Krankenkassenmitglieder. Ein Problem, das unterer Ordnung eben- wie die Schulartzkosten, mehr in das Gebiet der Gemeinde gehört, weil doch ein gewisser Zwang dahinter stehen muß, wenn wirksam soll. Der Verfasser kommt dann auf die Wochenhilfe, den freien Hebammendienst und das Stillgeld zu sprechen, wie sie uns die Krankenversicherungsgebräuche haben. Er wünscht sie in den Frieden hinüber zu retten. (Wir auch, wenn's nur nicht so viel Geld kostete und dieses in der ersten Zeit des Friedens nicht gar so rar würde, im allgemeinen sowohl wie in den Krankenkassen.) Es wird dann noch die Tätigkeit der Krankenkassen in der Bekämpfung der großen Volkskrankheiten und des weiteren eine Reihe hygienischer Aufgaben der Rassen behandelt. Das heißt: Die Zusammenarbeit mit den Ärzten behandelt der Verfasser nur kurz. Er konstatiert zwar, daß die Gegenstände sich leider noch nicht ausgleichbar hätten, daß der Kampf von unentgeltlichen Einnahmen von beiden Seiten nach manchen Anzeichen neu angesetzt werden soll. Indessen, er steht auch eifrigste Anläufe zur zukünftigen Harmonie. Sein Rezept lautet dann: Verschärfung des Verstandes. (Diese nur und wohl etwas langweilig werden.) Zum Schluß wird das Ideal einer Volkserziehung, daß jeder Deutsche mit seiner ganzen Familie von einer bestimmten Einkommensgröße an gegen Krankheit geschützt sei, empfohlen. Wenn wir nicht üben, hat Wisma damals, als die Sozialpolitik auf Taper kam, eine derartige Einrichtung als sozial unangebracht. Er ist darüber geworden und wir glauben, die letzte Generation wird davor auch nicht erleben. Indessen, wir haben uns des warmen Tones, der durch das ganze Werkchen nur unsere Krankenkassen lung, gehen und wir wollen dem Verfasser keine derbe Aufstellungen über manche Dinge im Krankenwesen nicht rauben, denn wir haben sein Opus mit Befriedigung aus der Hand gelassen.

Ausfall von Zügen und Fahrplanänderung auf der Eutin-Lübecker Eisenbahn. Vom Sonntag, den 13. Januar ab fallen bis auf weiteres auf den Strecken Eutin-Lübeck und Bf. Gleichendorf-Ährensdorf folgende Züge aus: Zug 675 W. Eutin ab 11,48, Lübeck an 12,51, Zug 684 (Werktag) Lübeck ab 9,08, Eutin an 10,02, Zug 752 (Sonntag) Lübeck ab 1,57, Eutin an 3,24, Borzug 681 S. (Sonntag) Eutin ab 7,10, Lübeck an 8,27, Zug 104 Bf. Gleichendorf ab 8,05, Ährensdorf an 8,25, Zug 105 Ährensdorf ab 8,35, Bf. Gleichendorf an 8,55, Zug 110 (Werktag) Bf. Gleichendorf ab 1,05, Ährensdorf an 1,25, Zug 111 Ährensdorf ab 2,20, Bf. Gleichendorf an 2,40, Zug 112 (Sonntag) Bf. Gleichendorf ab 3,10, Ährensdorf an 3,29, Züge 119 Ährensdorf ab 8,55, Bf. Gleichendorf an 9,15 und 120 Bf. Gleichendorf ab 9,45, Ährensdorf an 10,05 Mittwochs, Zug 109 verkehrt 50 Minuten später, Ährensdorf ab 12,30, Bf. Gleichendorf an 12,50, Zug 678 ab Lübeck 12,48 hält Sonntags in Dorf Gleichendorf.

Berufsberatung und Stellenvermittlung. Zahlreiche Eltern, die Schule verlassende Knaben und Mädchen werden bereits wissen, was für einen Beruf sie einschlagen werden und wo sie ihre berufliche Ausbildung finden werden. Vorzügliche Eltern werden diese Frage nach allen Richtungen hin mit ihren Kindern besprochen und auch für eine geeignete Lehrstelle Sorge getragen haben. Die Kriegsverhältnisse insbesondere bringen es aber mit sich, daß in vielen Häusern der Familienvater durch Einberufung der Familie als Berater entzogen ist. Die Folge hiervon ist vielfach, daß für die Ausbildung der Kinder nicht rechtzeitig Vorproben getroffen ist, daß vielmehr vielfach davon ausgegangen wird, daß das Kind in einen ungeleiteten Beruf als Laufbursche oder Laufmädchen sogleich viel Geld verdient, während es während der Zeit einen Verdienst in der Regel nicht hat, und daß überhaupt Unklarheit darüber besteht, wo und in welcher Weise der schulentlassene untergebracht werden soll. Für solche Fälle ist es besonders wichtig zu wissen, daß gemeinnützige Einrichtungen bestehen, die in der Frage der Berufswahl und der Stellenvermittlung bereits willig und kostenlos Rat und Beistand gewähren. Die Berufsberatung für die männliche Jugend wird in der Berufsberatungsstelle für die männliche Jugend im Jugendamt, Parade 1, I. St., Zimmer Nr. 6 ausgeübt, während der schulentlassenen weiblichen Jugend jede gewünschte Auskunft durch die Berufsberatungsstelle für die weibliche Jugend, Frauentor 10a, im Park der Frau Bujemann, erteilt wird. Diese beiden Stellen sind bemüht, allen denjenigen, die sich an sie wenden, durch sachkundigen Rat und Beistand in allen Fragen der Berufsberatung zur Seite zu stehen. Die Dienststunden der Berufsberatungsstellen sind aus der amtlichen Bekanntmachung über Berufsberatung im gleichen Blatt zu ersehen.

Kein Erfolg für verlorne Feldpostpakete. Auf eine Anfrage des Reichsanwaltschaftsbeamten Genossen Schulz erklärt die Regierung, daß eine Erfragung für verlorene Feldpostpakete nicht

Wie Herr v. Waldow den Schleichhandel und Nahrungsmittelmarkt bekämpft

Herr von Waldow, der Staatssekretär des Ernährungsamtes hat sich nach den beschämenden Enthüllungen des Neuföllner Magistrats dazu aufgerafft, etwas gegen den Schleichhandel zu tun. Er hat folgenden Erlaß herausgegeben:

„Die Zuwiderhandlungen der Kommunalverbände und anderer amtlicher Stellen gegen die kriegswirtschaftlichen Gesetze haben sich in bedauerlichem Maße vermehrt. Dem muß unter allen Umständen Einhalt geboten werden. Schleichhandel und Preisstrebereien von Stellen, denen die Versorgung größerer Volksteile obliegt, müssen naturgemäß für die Gesamtversorgung sehr viel schädlichere Folgen nach sich ziehen, als die Zuwiderhandlungen des einzelnen. Der Verkauf von Lebensmitteln unter rückwärtsloser Ueberziehung der Höchstpreise und gewissenloser Ueberbietung anderer, weniger kapitalkräftiger Kaufleute hat es der Bevölkerung vielerorts nahezu unmöglich gemacht, ihren Bedarf zu dem Höchstpreise zu decken, und zu einer Preissteigerung geführt, welche die Lebenshaltung der ärmeren Klassen auf das bedenklichste erschwert. Verderblich muß es besonders auf die Moral der Allgemeinheit wirken, wenn diejenigen Stellen, die zur Durchführung der Gesetze berufen sind, in einseitiger Wahrung der Interessen ihres engeren Wirkungsbereichs die zum Wohl der Allgemeinheit erlassenen Vorschriften übertreten.“

Ich hebe insbesondere hervor, daß Kommunalverbände sich am Schleichhandel mit lebendem Vieh beteiligt haben. Dieser Handel ist in besonderem Maße gefährlich, da hierdurch die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, Fett und Milch auf das ernstlichste in Frage gestellt wird und die Preise für Zucht- und Nutztier auf eine Höhe gebracht werden, welche die Produktionskosten der Landwirtschaft und damit die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch weiter steigern muß.

Ferner ist festzustellen, daß einzelne Kommunalverbände die von ihnen auszuführenden Saatarten mißbräuchlich zur Beschaffung von Lebens- und Futtermitteln zum Zwecke des Verbrauchs ausgenutzt haben. Es ist erforderlich, daß die Vorschriften, durch welche die ausschließliche Verwendung des Saatgutes für die Zwecke der Ausaat gewährleistet werden soll, bei den Kommunalverbänden genaueste Beachtung finden.

Nach Zeitungsberichten beschäftigen manche Kommunalverbände neuerdings, Mehlzulagen ihrer Bevölkerung zuzuwenden. Es bedarf in diesen Fällen stets der eingehenden Prüfung, ob die Zulagen aus Ersparnissen genommen werden. Wird dies seitens der Kommunalverbände nicht einwandfrei nachgewiesen, so ist die Ausgabe von Mehlzulagen unverzüglich zu verbieten.

Ich erlaube die ausdrückliche Verwarnung, gegen jede amtliche Stelle, die sich der Mißachtung kriegswirtschaftlicher Gesetze schuldig macht, rückwärtslos, gegebenenfalls durch Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen die schuldigen Beamten, sowie durch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, vorzugehen. Ueber wichtigere Fälle ist mir alsbald zu berichten.

Die Kommunalverbände sind über das Vorstehende eindringlich zu belehren. Abdrucke für die Stadt- und Landkreise sind beigelegt.

In die Herren
Regierungspräsidenten und den Vorsitzenden der
staatlichen Verteilungsstellen für Groß-Berlin.

Da dieser Erlaß fast ausschließlich gegen die Kommunalverbände gerichtet ist, erinnert es sich an die bekannte Art, wie der Fuchs den Gänsen predigt. Der „Vorwärts“ glaubt, daß nun wahrscheinlich ein Strafverfahren gegen den Neuföllner Magistrat erfolgen wird — der durch seine Selbstbegünstigung sich das Verdienst erwarb, die himmelschreienden Mißstände des Systems Waldow aufzudecken — und fügt hinzu:

Wir untererleiden haben zur Besserung der bestehenden Mißwirtschaft immer verlangt, daß die Ware beim Erzeuger scharfer erfaßt werden müsse. Aber wenn schon der Staatssekretär v. Waldow glaubt, sich nicht anders helfen zu können, als daß er nach dem Staatsanwalt ruft, so müssen wir schon bitten, dann nicht nur bei den Kommunalbehörden stehen zu bleiben, sondern Parität walten zu lassen und auch die staatlichen Behörden in diese staatsanwaltliche Fürsorge einzubeziehen.

Zunächst erlauben wir uns, darauf aufmerksam zu machen, daß die Landesdirektion der Provinz Brandenburg in der Ratthäusliche zu Weihnachten Mehl an ihre An-

gestellten verteilte, das mit 6,40 Mk. pro Kilo berechnet wurde. Das Berliner Polizeipräsidium verkaufte Butter für 8,50 Mk. pro Pfund. In einer königlichen Fabrik wurde Mehl für 2,80 Mk., Zucker für 3 Mk., Marmelade ebenfalls für 3 Mk., Kartoffelmehl für 7,30 Mk. und Rindfleisch für 4,70 Mk. pro Pfund abgegeben. Die staatliche Verteilungsstelle für Groß-Berlin, also ein amtliches preussisches Organ, hat zu Weihnachten ungeschlachten Schweinefleisch mit 7 Mk. pro Pfund als Speck angeboten. Das sind so einige kleine Proben, wie die staatlichen Organe die Theorien des Staatssekretärs befolgen. Sollten ihm diese Beispiele nicht genügen, so empfehlen wir, die Verteilungsstellen aufzufordern, in einer Tabelle mitzuteilen, welche Lebensmittel sie im letzten Jahre beschafft und zu welchen Preisen diese eingekauft wurden. Vielleicht ist der Herr Staatssekretär dann so freundlich, diese Verfehlungen seiner staatlichen Organe in einer Denkschrift zusammenzustellen und der Öffentlichkeit zu übergeben.

Zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes.

Durch Kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober 1917 werden auf Grund des § 34 des Hausarbeitsgesetzes, die §§ 3 und 4 mit Wirkung vom 1. Januar 1918 in Kraft gesetzt.

Der § 3 des Gesetzes schreibt vor, daß in Räumen, in denen Arbeit an Hausarbeiten zur Ausübung gelangt, entweder Lohn- tabellen aufzuhängen sind, oder Lohnverzeichnisse offen auslegen müssen, sodas die Hausarbeiter und Arbeiterinnen sich jederzeit darüber informieren können, welche Preise für die einzelnen Artikel gezahlt werden.

Im § 4 wird den Unternehmern die Verpflichtung auferlegt, auf ihre Kosten den Hausarbeitern oder Arbeiterinnen Lohnbücher oder Arbeitszettel bei Uebergabe der Arbeit auszuhändigen, in welche die Preise oder Löhne sowie die Art der Arbeit und deren Umfang einzutragen sind.

Es ist gewiß nicht viel, was diese Verordnung bringt, und diese Bestimmungen hätten schon längst in Kraft gesetzt werden sollen. Aber kaum ist die Verordnung ergangen, so werden auch schon wieder Ausnahmebestimmungen erlassen, die die Wirkung der Verordnung nahezu aufheben, wenigstens soweit die Textilindustrie in Frage kommt.

Von der Bestimmung, Lohnzettel auszuhängen oder Lohnverzeichnisse auszuliegen, werden ausgenommen:

- Die Bandweberei und dazu gehörige Hilfsarbeiten im Regierungsbezirk Düsseldorf, in den badischen Kreisen Waldshut, Lörrach und Freiburg;
- die Spinn- und Tamburierindustrie im Regierungsbezirk Jüdau in Sachsen und der Donaukreis und Stadtdirektionsbezirk Stuttgart in Württemberg;
- die Tuchweberei und -Knoterei in den Regierungsbezirken Aachen und Frankfurt a. d. O., in Preußen und Jüdau in Sachsen;
- in der Polamentierindustrie die Herstellung von Bekartikeln und von überhöckelten Knöpfen im Regierungsbezirk Chemnitz und Jüdau.

Von der Verpflichtung, den Arbeitern bei der Uebergabe von Arbeit Lohnbücher oder Arbeitszettel mit darauf verzeichneten Löhnen zu übergeben, werden ausgenommen:

- die Webgewanderei und Herstellung von Tapiseriewaren für das ganze Reichsgebiet.
- Sehen wir uns die Bezirke näher an, für welche die Ausnahmebestimmungen gelten, dann muß leider festgestellt werden, daß damit fast die gesamte bezeichnete Industrie betroffen wird. In der Bandweberei sind das Ruppertal und das badische Oberland die ausfallgebendsten Bezirke. Dort wird der hauptsächlichste Bedarf für das Inland sowie für den Export hergestellt; da bleibt nur der weniger bedeutende Bezirk Wulst in Sachsen übrig. Bei der Spinn- und Tamburierindustrie sind ebenfalls das südliche Regland und Württemberg die ausfallgebendsten Kreise, alle anderen Bezirke sind ohne Bedeutung. Die Tuchweberei und damit ihre Hilfsarbeiten, ist in geschlossenen Bezirken des Rheinlandes, der Lausitz und in West-Sachsen vertreten. Gewiß kommen in Deutschland gerade in der Tuchweberei noch eine ganze Reihe Orte in Frage, aber alle zusammen können nicht an die Bedeutung heranreichen, die gerade die von den Ausnahmebestimmungen betroffenen Bezirke aufweisen. Die deutsche Polamentindustrie konzentriert sich ebenfalls als eigentliche Industrie nur auf Sachsen, speziell in den Bekartikeln. Hierbei sei bemerkt, daß die Her-

stellung von Möbelsofamenten, Quasten, Gähningringe, Verzierung, Schnuren und andere Meter- oder Stapelmare, sowie das Annähen von Gehängen, das Anknäpfeln und Anfügen nicht unter die Ausnahmebestimmungen fällt. Was hier von den Ausnahmebestimmungen jezeitgehalten wird, fällt in Wirklichkeit sowieso nicht unter das Hausarbeitsgesetz, da diese Arbeiten zum größten Teile fabrik- oder handwerksmäßig hergestellt werden.

Durch die Gewährung von Ausnahmevergünstigungen an die Unternehmer der bedeutendsten Bezirke ist die Wirkung der Verordnung paralysiert. Nach wie vor bleiben Laufende in der Heimarbeit beschäftigte Textilarbeiter dazu verurteilt, unter den unmildigsten Bedingungen zu arbeiten. Man kann hier die Arbeiterinnen auch nicht ohne weiteres auf den Weg der Selbsthilfe, auf die gewerkschaftliche Organisation verweisen. Die verschiedensten Gründe, die hier nicht erst ausgeführt werden sollen, machen die Organisation der Heimarbeiter sehr schwierig.

Es besteht weiter die Befürchtung, daß infolge des Krieges die Zahl der Heimarbeiter sich wesentlich vermehren wird. Eine große Zahl Kriegsbeschädigter wird ohne weiteres in der Heimarbeit sein Unterkommen finden müssen; zahlreiche Kriegswitwen, die vordem industriell tätig waren, werden ebenfalls in die Heimarbeit hineingezwungen werden. Fehlt es mit dem vielen weiblichen Arbeitskräfte, die gegenwärtig in den Kriegsin- dustrien beschäftigt werden, so daß die Annahme nahe liegt, daß durch ein Ueberangebot von Arbeitskräften die Arbeitsbedin- gungen in der Heimarbeit noch verschlechtert werden.

Desto weniger ist zu begreifen, daß die Reichsregierung, kaum daß sie einen Schritt vorwärts gemacht hat, durch die umfang- reichen Ausnahmebestimmungen wieder zurückspült. Es muß nicht nur die volle Durchführung der §§ 3 und 4 gefordert werden, sondern daneben sind die in den §§ 6—9 bezeichneten Obliegenheiten der Polizeibehörden zum Schutze für Leben, Gesundheit und Sit- tlichkeit und die im § 18 in Aussicht genommenen Sachauschüsse dringlich nötig. Die Gewerkschaften verlangen aber auch immer wieder, wie schon auf dem Heimarbeitertag im Jahre 1911, daß die Sachauschüsse eine gezielte Umwandlung in Lohnämter er- fahren und dadurch erst die Instanz werden, die in der Lage ist, den Schutz der Heimarbeiter zu übernehmen.

Bund für Vaterland und Freiheit

Vor einer Mitgliederversammlung, die den großen Saal des Abgeordnetenhauses in Berlin bis auf den letzten Nag füllte, entwickelte gestern Abend der Volksbund für Freiheit und Vaterland seine Aufgaben und Ziele. Sprecher waren der Reichstagsabgeordnete Genosse Lezien, das Herrenhausmitglied Stegerwald und Professor Dr. Troeltzsch.

Der Vorsitzende Professor Dr. Franke wies darauf hin, daß der Volksbund eine Zusammenfassung wirtschaftlicher Verbände sei, die eine Volksmasse von vier Millionen hinter sich wiesen. Er erstrebe aber eine Einheit aller, die hinsichtlich eines ehrenvollen, gerechten Abchlusses des Krieges wie beim künftigen Neubau der deutschen inneren Verhältnisse eines guten Willens zum Fortschritt sind.

Professor Dr. Troeltzsch ging auf die Willen des neuen Bundes entgegenstehende Begründung der Vaterlands- partei ein. So sehr die agitatorische Arbeit schon des Namens dieses Vereins nachgeführt werden kann, so sachlich unglücklich, unrichtig und anmaßend ist diese Bezeichnung; sie kennzeichnet dem Geist der in den Reihen der „Vaterlandspartei“ vorherrschend ist. Ihr härtester Fehler ist die völlige Aufserachtlassung der Rücksicht auf die Völker, die außer uns noch auf der Erde leben; wir brauchen gesunde Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht, auf die wir um unserer Zukunft willen nicht verzichten können.

Die zweite Aufgabe des Volksbundes ist die Mitwirkung an der politischen Neugestaltung des Reiches. Ihr Schicksal und ihre Aussichten stehen und fallen heute mit dem Schicksal der Wahlrechtsvorlage. — Der künftige Frieden kann nur ein Vertrauensfrieden sein; jeder Vertrag aber bedingt Vertrauen. Gefühl für das Recht der anderen. Schon seit langem steht in allen Völkern eine Demobilisierung des Geistes ein; diesen Prozeß zu fördern ist eine sittliche Pflicht, auf die zuletzt nur ein dauernder Frieden aufgebaut werden kann, soll nicht die Kulturwelt am gegenseitigen Selbstmord zugrunde gehen.

Lezien führte aus: Die Zustände in Deutschland vor dem Kriege dürfen nicht wiederkehren. Die gleichen Pflichten, für deren Erfüllung die unteren Schichten ihr Bestes eingesetzt haben, fordern gleiche Rechte. Die inneren und äußeren Vorgänge, die uns jetzt bewegen, sind eng miteinander verknüpft,

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

44. Fortsetzung.

„Bei einem so guten Stande Ihrer Sache wird die Gräfin die Vorschriften nicht lassen!“

„Nun, mag sie denn immerhin,“ versetzte Ritterhausen mit demselben Gleichmut und Schweg eine Weile; dann sagte er: „Geben Sie mir lieber einen andern Rat, Monsieur Ermanns, da Sie doch die Gräfin kennen. Sehen Sie, ich lehne mich fort von hier, wo ich so hässliche Erfahrungen gemacht habe; wo ich nicht zum Fenster hinausbliden und die alte Burg da oben sehen kann, ohne daß eine Fülle bitterer und zorniger Gedanken über mich frömt. Ich will den Hammer der Gräfin friedlich und ohne Rechtsstreit lassen, wenn dieselbe so billig ist, mir eine ansehnliche runde Summe auszuzahlen, als Entschädigung für die namhaften und großen Verbesserungen, die ich an dem Hammer ungebracht habe.“

Monsieur Ermanns hörte bei dieser Rede Ritterhausens hoch auf. Die Schlaubeit des Hammerbesizers brachte ihn voll- ständig aus dem Konzept. Statt den letzteren eifrig auf den hingeworfenen Gedanken eines Kaufes eingehen zu sehen, mußte er erleben, daß sich der Speer umkehrte — er mußte nun also förmlich den Kauf antragen, wenn er den Auftrag der Gräfin ausführen wollte.

„Nun möchte ich Sie um Ihren Rat bitten,“ fuhr Ritterhausen fort, „auf welchem Wege ich am zweckmäßigsten meine Ab- sichten der Gräfin kundtue.“

„Ich bin gerne bereit, mit ihr darüber zu reden,“ versetzte Ermanns etwas zögernd, „aber ich muß Ihnen gestehen, daß ich Ihren Plan nicht billige. Die Gräfin wird Ihnen nicht mehr Entschädigung geben, als Sie gesetzlich verpflichtet ist, und ich fürchte, daß Sie dabei einen ganz enormen Schaden haben würden.“

„Auf Schaden bin ich gefaßt,“ erwiderte Ritterhausen. „Ich will ihn tragen, wenn ich nur fortkomme von hier!“

„Auf einen Kauf also würden Sie nicht eingehen,“ sagte Er- manns kleinlaut.

Der Hammerbesitzer zwakte die Achseln.

„Gewiß nur dann,“ nahm hier Sibylle, die sich nicht mehr zu- rückhalten konnte, das Wort, „wenn der Kauf unter sehr gün- stigen Bedingungen geboten würde.“

„Was nennen Sie günstige Bedingungen?“ fragte Ermanns, sich Sibyllen zuwendend. „Die Burg mit Inbegriff des Hammers ist 200 000 Franken wert.“

„Verlauf aussehn läßt gibt niemand in der Welt 200 000 Frank für eine Befestigung, von der ein sehr bedeutender Bestandteil doch noch in den Händen Ritterhausens ist und erst durch einen miß- lichen Prozeß ihm abgerungen werden müßte!“

„Ja, was ist da nun zu machen!“ rief der Beamte aus. „Ste- ten Sie 200 000 und ich will der Gräfin sehr gern Mitteilung von Ihrem Antrage machen.“

„O, mißverstehen Sie mich nicht — es handelt sich durchaus nicht um einen Antrag der Art,“ rief hier der Hammerbesitzer aus. „Mein Antrag lautet auf friedliche Entäußerung des Ham- mers an die Guts herrschaft, gegen eine Entschädigungssumme von etwa 30 000 Frank für aufgewendete Verbesserungen!“

Ermanns schüttelte den Kopf.

„Ich will Ihnen sagen, welches die einzige Art ist, wie Sie eine solche Entschädigung erhalten werden,“ sagte er mit seinem Gäheln. „Bieten Sie der Gräfin 200 000 Frank für ihre ganze Gutszulage; ziehen Sie davon Ihre 30 000 Frank ab und zahlen Sie ihr 170 000 Frank aus. Ich glaube, sie würde einwilligen!“

„Ich würde ihr schwerlich 150 000 Frank zahlen,“ bemerkte Ritterhausen nach einer Pause.

„Ich kann der Gräfin zu einem solchen Handel nicht raten,“ entgegnete Ermanns.

„Das verlange ich ja auch in keiner Weise,“ fiel Ritterhausen lächelnd ein. „Raten Sie ihr zum Vergleich mit mir!“

„Ich will mich erst genauer bei Sachverständigen nach dem Werte der Befestigung erkundigen,“ versetzte der Beamte, „und dann werden wir weiter davon reden; die Gräfin wird tun, was sie als Vormünderin ihres Sohnes nur irgend tun und verantworten kann!“

Ermanns erhob sich und nahm Abschied mit dem Versprechen, am folgenden Tage zurückzukehren. Als er fort war, sprang Sibylle auf und, Freudenstrahlen im Auge, umarmte sie ihren Vater.

„O, nun wird alles, alles gut!“ sagte sie.

„Ich hoffe es,“ versetzte Ritterhausen mit zufriedener Kop- niden. „Ich hoffe, der Augenblick ist da, für den da seit Jahren dich bemüht, gefaßt, gepart und gesammelt hast. . . der Augen- blick, wo . . . ich Herr werde auf dieser Rheider Burg!“

„Sie, Vater?“ fragte Sibylle leis, ihr lockiges Haupt auf die Schulter Ritterhausens legend und ihm mit ihren feuchten Blicken ins Auge schauend.

Kaufbriefe schwanz auf weiß vor mir liegt . . . denn eher kann ich ja an mein Glück noch gar nicht glauben!“

„Das wird nicht lange dauern, mein Kind,“ versetzte der Hammerbesitzer, „und dann tu, was du willst!“

Und es dauerte in der Tat nicht lange; am folgenden Tage kam Ermanns zurück, einen von der Gräfin unterschriebenen Ent- wurf des Kaufvertrages in der Tasche.

Schöngeltes Kapitel.

Eine nächtliche Fahrt.

Unseres sag Richard von Huden in seiner Straßart. Er hatte um die Mittagszeit den Gefangenwärter gebeten, ihn in den allgemeinen Saal zurückzubringen, da er noch einmal den Spiel- mann zu sprechen wünsche; aber er hatte zur Antwort erhalten, daß der Spielmann am frühesten Morgen eine lange Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter und dem Herrn Ermanns habe be- stehen müssen, und daß er sobald einen Gendarmenbegleiter habe, nach der roten Scheuer zu führen gehabt habe. Spielberend kehrte auch nicht wieder in das Polizeigefängnis zurück. Es schien, man habe ihn entlassen.

Am folgenden Tage erhielt Richard Sibyllens Brief. Sie teilte ihm mit, daß ihr Vater und sie selbst außer Verfolgung ge- setzt, sie dankte ihm in den wärmsten Herzensergüssen für die heroische Aufopferung, zu welcher er entschlossen gewesen. Dieser Brief Sibyllens, obwohl er an Richards persönlicher Lage nichts änderte, obwohl er keinerlei Mißtraß in das Dunkel seiner Zu- kunft warf, erfüllte ihn doch mit einer Freude, welche ihm den unaussprechlich trüben Gang der Stunden während der nächsten Tage erträglich machte. Aber freilich, allmählich kehrte die Schwermut, die ihn erfüllte, zurück; er hatte, wie wir schon er- zählten, ja schon am ersten andern Morgen nach seiner Ankunft von seinem rechtskundigen Freunde erfahren, daß für ihn keine Aussicht da sei, das geringste von seinem Erbe wieder zu erlangen. Bei den neuen Gewaltthaten im Lande hatte er sich keine Gnade erworben — sonst wäre er nicht in diesem Aufenthalt gewesen; und so war es die Frage, ob sie ihn, der seine Bürgerrechte im Vaterlande durch keine Auswanderung ausgegeben, den heim- losen und beifloßen Mann, nur überhaupt nach seiner Freilassung hier noch dulden und nicht über die Grenze weike würden. Er mußte ihnen jedenfalls lästig sein.

Sollte Richard für einen solchen Fall noch einmal die Ver- mittlung der Gräfin von Epaville anrufen? Er ging mit sich zu Rate darüber. Konnte er es? Mühte nicht gerade ihr, der jetzigen Eigentümerin der Rheider Burg, sein Dasein, sein bleibender Aufenthalt hier im Lande am meisten unerwünscht und lästig sein?

